

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Voraussetzungen für eine bessere Sozialordnung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1954) : Voraussetzungen für eine bessere Sozialordnung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 34, Iss. 1, pp. 19-29

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131841>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Voraussetzungen für eine bessere Sozialordnung

Prof. Dr. Heinz-Dietrich Ortlieb, Hamburg

DIE KENNZEICHEN DER RESTAURATION

Nicht nur von unserer parlamentarischen Opposition, sondern auch von anderen kritischen Betrachtern unseres Zeitgeschehens ist in den letzten Jahren des öfteren behauptet worden, daß wir uns in einer Periode der „Restauration“ befänden. Demgegenüber fällt nun auf, daß fast alle Sozial- und Wirtschaftspolitiker — in welchem Lager sie auch stehen — immer wieder durch Wort und Tat betont haben und noch betonen: es komme darauf an, neue Wege zu finden, um unsere sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse besser als bisher zu ordnen. Mögen die einzelnen Projekte und Vorschläge von Parteipolitikern oder von Vertretern der Staatsbürokratie, von kirchlichen Würdenträgern oder von Wissenschaftlern, von Gewerkschaftern, Genossenschaftlern oder privaten Unternehmern stammen, mag es dabei um die „soziale Marktwirtschaft“ der Regierungsparteien oder um die „Marktwirtschaft von links“ der Opposition, um neuartige Sozialisierungsformen, wie „die Sozialgemeinschaften“, oder um die „freie Gemeinwirtschaft“ der Konsumgenossenschaften, mag es dabei um die inner- und überbetriebliche Mitbestimmung oder um die Ertrags- und Gewinnbeteiligung, um die Partnerschaft und Vermögensbildung der Arbeitnehmer in Betrieb und Unternehmung gehen, in allen Fällen werden mehr oder weniger neue Wege gesucht, auf betriebs- oder volkswirtschaftlicher Basis zu einer verbesserten Ordnung unseres sozialen und wirtschaftlichen Lebens zu gelangen.

Wie stimmt das zusammen? — Ist die Rede von unseren restaurativen Verhältnissen nichts als böseartige Verleumdung? Oder sind jene Worte und Taten, mit denen neue Ordnungswege gesucht und gegangen werden, nichts als leerer Schein, nichts als Halbheiten und Vorwände, um im Grunde doch nur die alten Machtverhältnisse wiederherstellen, in den alten Lebens- und Denkstil wieder zurückfallen zu können?

Diese beiden Fragen können sicherlich nicht einfach mit ja oder nein beantwortet werden. Es besteht wohl kein Zweifel, daß bei allen genannten Versuchen die Menschen, die sie vertreten und voranzubringen suchen, von sehr verschiedenen Motiven getrieben werden und aus sehr verschiedenen Aspekten heraus handeln. Für viele ist der von ihnen vertretene Gedanke nur ein Vorwand, um die alte Machtstellung wiederzugewinnen oder den Gegner zu schwächen, bei vielen verdeckt er nur die alten überkommenen Vorstellungen von den eigenen wohlverordneten Rechten oder dem geschichtlichen Auftrag einer Klasse oder Partei: es geht also in der Tat oft um nichts anderes als um die Restauration alter Ideen oder alter Verhältnisse. Aber es gibt ebenso viele Menschen, die mit den gleichen Vorschlägen etwas ganz anderes wollen, die sich wirklich frei gemacht

haben von den überholten Vorstellungen des 19. Jahrhunderts, die begriffen haben, daß es zwar keine „natürliche Ordnung“ oder „klassenlose Gesellschaft“ im Sinne ewiger sozialer Harmonie gibt, daß aber auch eine Gesellschaft keinen Bestand haben kann, wenn ihr soziales und wirtschaftliches Leben zu einem ungehemmten Kampf aller gegen alle entartet, daß also eine Sozial- und Wirtschaftsordnung gefunden werden muß, in der sich ein domestizierter Interessenkampf in die Notwendigkeiten des Gemeinwohls fügt.

Mit anderen Worten: Es lassen sich die Ideen, die in den letzten Jahren zur Frage der wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung aufgetaucht sind, nicht ohne weiteres in restaurative und fortschrittliche aufteilen. Die wirkliche Front der Restauration geht quer durch alle Ideen, Klassen und Parteien hindurch, und dies nicht nur hinsichtlich der verschiedenartigen Motivationen, sondern auch in bezug auf die praktischen Auswirkungen. Denn alle Ideen können in einem restaurativen und in einem fortschrittlichen Sinne Wirklichkeit werden. Ob unsere Jahre einmal mit Recht als die restaurative Nachkriegsepoche oder ob sie als die Zeit eines Neuordnungsbegins angesehen werden, das hängt weniger davon ab, welche Ideen, als von wem und wie sie verwirklicht werden.

Das ist weniger überspitzt, als es auf den ersten Blick scheint. Denn die einzelnen Institutionen bzw. Ordnungsformen, die soziale Reformprogramme in Vorschlag bringen, sind in ihrer Wirkungsmöglichkeit tatsächlich ambivalent. Was bei der Verwirklichung neuer Ordnungsformen letztlich herauskommt, hängt weniger von den einzelnen Formen selbst ab als von drei Bedingungen, unter denen sie verwirklicht werden:

Erstens davon, in welchem Ausmaß und in welcher Kombination mit anderen Ordnungsformen sie realisiert werden;

zweitens davon, welche Verhaltenskonstanten die Reform der Ordnung bei den Menschen vorfindet, in welcher allgemeinen sozialen Atmosphäre sie vorgenommen wird; und

drittens davon, wie und wieweit die neue Kombination von Ordnungsformen (das neue Ordnungssystem) geeignet ist, die Verhaltensweisen der Menschen zu ändern.

Aus den Erfahrungen der Vergangenheit wissen wir heute oder sollten es wissen, daß alle monistischen Ordnungssysteme zu nichts Gutem führen. Man kann nicht die ganze Ordnungsaufgabe nach einem Schema bewältigen. Nicht überall ist z. B. Privateigentum, nicht überall Gemeineigentum brauchbar. Die Ziele der Wirtschaft lassen sich nicht überall und in jeder Lage durch Konkurrenz und Marktmechanismus erreichen. Die Vielgestaltigkeit der Wirtschaft und die Verschiedenartigkeit der Situationen, die es zu

meistern gilt, gestatten das nicht. Und man täte auch nicht gut daran, die Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft um der Einfältigkeit der Ordnungsmittel willen einförmiger zu gestalten. Man hegt heute mit Recht Zweifel, ob eine Wirtschaft von so eintöniger Struktur, wie sie die proletarische Gesellschaft des Bolschewismus zeigt, sich überhaupt in der Lage befindet, der verschiedenartigen Natur der Menschen Rechnung zu tragen. Dazu nur zwei Hinweise:

Erstens: Je vielfältiger die Betriebs- und Eigentumsformen einer Wirtschaftsordnung sind, desto unterschiedlicher sind die beruflichen Aufgaben, die sich aus ihnen ergeben, und desto verschiedenartiger sind die Neigungen und Fähigkeiten der Menschen, die in diesen Aufgaben berücksichtigt werden können. Zweitens: Je vielfältiger die Lenkungsmittel der Wirtschaft sind, desto besser läßt sich der Konflikt zwischen so leicht in Widerstreit geratenden Zielen, wie es Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Produktivität in der Wirtschaft sind, lösen. Das Gleiche gilt für eine nur marktmechanisch geordnete Wirtschaft. — Das besagt nicht, daß die Zweckmäßigkeit der einzelnen Ordnungsmittel und ihrer Kombinationen beliebig ist. Sie wird mit der wirtschaftlichen und sozialen Struktur und mit den Situationen wechseln, aber sie wird jeweils nur bei einer, bestenfalls bei einigen wenigen Kombinationsmöglichkeiten liegen.

Man kann daher mit ziemlicher Allgemeingültigkeit sagen: Wer in dogmatischer Starrheit an einseitigen Ordnungsformen festhält, sei es, weil er in überholten Vorstellungen befangen ist, sei es, weil jene Ordnungsformen seinen persönlichen Interessen entsprechen, der wirkt auf geistigem und sozialökonomischem Gebiet restaurativ.

Die zweite Gefahr, restaurativ zu wirken, erwächst den sozialreformerischen Ideen daraus, daß die Reform nicht genügend die Verhaltensweise der Menschen, die sie vorfindet, in Rechnung stellt. Es ist ein Irrtum anzunehmen, die zur Einführung neuer Ordnungsformen erforderliche politische Macht genüge, um die Reform auch gelingen zu lassen. Wer sich nicht die Mühe macht, zunächst die Menschen zu gewinnen und zu erziehen, die für das Funktionieren der neuen Ordnungsformen gebraucht werden, der wird mit seiner Reform bald Schiffbruch erleiden und nur erreichen, daß Wirtschaft und Gesellschaft in die Unzulänglichkeit von gestern zurückfallen, um darin um so fester zu verharren. Mißglückte Ordnungsversuche sind schlimmer als gar keine. Sie wirken immer restaurativ. Die Beispiele des Bolschewismus und des Nationalsozialismus in ihrer Wirkung auf die Ordnungspolitik der westlichen Welt zeigen das deutlich. Nur wer den Weg der geistigen und moralischen Auseinandersetzung und Überzeugung geht, kann es sich leisten, bei seinen sozialreformerischen Bemühungen gelegentlich auch von seiner politischen und wirtschaftlichen Macht Gebrauch zu machen.

Wer mit neu gesetzten Normen die Menschen seiner Zeit überfordert, weil er mit ihren Gepflogenheiten,

ihrer Wirtschaftsmoral oder sozialen Verhaltensweise in Widerspruch gerät, muß damit rechnen, daß sie sofort versuchen werden, die Verbote und Gebote zu umgehen. Er muß entweder von vornherein solche Umgehungsversuche verhindern — was meist auf eine Häufung von Zwangsmaßnahmen hinauslaufen und neue Mißbrauchsmöglichkeiten schaffen wird — oder er muß zunächst die Gepflogenheiten der Menschen ändern. Wer durch die Einführung neuer Institutionen den Menschen Macht oder Freiheitsrechte einräumt, muß ebenfalls darauf achten, daß diese Institutionen nicht sofort durch das Verhalten der Menschen pervertiert werden.

Aber selbst wenn die neuen Institutionen sich mit den Verhaltensweisen der Menschen in Übereinstimmung befinden, bleibt noch die Möglichkeit, daß sich allmählich unter dem Einfluß der Institutionen das Verhalten der Menschen ändert und in Widerspruch mit dem gerät, was ursprünglich mit der institutionellen Änderung bezweckt war. Natürlich kann eine Institution auch erzieherisch wirken. Das setzt aber voraus, daß ein Mindestmaß von konformem Verhalten von Anfang an vorhanden gewesen ist.

Von liberalistischer Seite ist lange Zeit übersehen worden, daß die sich selbst überlassene Marktwirtschaft ein „Moralzehir“ ist, was heute selbst der liberalistische Dogmatiker Wilhelm Röpke zugeben muß.¹⁾ Karl Marx hat das deutlicher gesehen. Aber er hat dafür den voreiligen Schluß gezogen, daß das kommunistische Gegenteil der kapitalistischen Marktwirtschaft eine günstige Wirkung auf das Verhalten der Menschen ausüben würde. Dabei hat er die Verführungen übersehen, die für die Menschen mit der Planungsmacht und mit dem Verlassen auf die gesellschaftliche Versorgung im Kommunismus gegeben sind. — Wie beim Liberalismus und Marxismus führt jede dogmatische Überschätzung des Institutionellen dazu, die Bedeutung der menschlichen Verhaltensweisen als Voraussetzung und als Wirkung der Institutionen zu vernachlässigen, und damit zum Scheitern sozialer Reformen.

Damit ist wohl die Behauptung verständlich geworden, daß alle Ideen sich in einem restaurativen und in einem fortschrittlichen Sinne verwirklichen lassen und daher die wirkliche Front der Restauration quer durch alle Ideen, Parteien und Klassen geht. Monomane Dogmatiker gibt es überall, von der eigenen Macht Besessene ebenfalls. Beide Typen haben kein Verständnis dafür, daß der Weg der geistigen und moralischen Überzeugung bei allen Sozialreformen noch wichtiger ist als das machtpolitische Sich-durchsetzen-können. Beide Typen kennen keine Selbstbescheidung im eigenen Machtgebrauch und keine erzieherische Geduld den anderen gegenüber.

Ob wir in unserem demokratischen Gemeinwesen zu einem echten sozialen Fortschritt finden werden, wird weniger davon abhängen, welche Partei im nächsten Jahrzehnt letztlich die Oberhand gewinnen, als davon,

¹⁾ Vgl. W. Röpke: „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“, 5. Aufl., Zürich 1948, S. 88.

welcher Flügel in den einzelnen Parteien die Richtung bestimmen wird. Ob es der Flügel der maßlosen Monomanen oder ob es der Flügel der maßvoll den sachlichen Ausgleich Suchenden ist, das wird über unsere Zukunft entscheiden. Was man in den ersten Wochen nach der Bundestagswahl aus den Lagern von Siegern und Besiegten hören konnte, stimmte zunächst wenig optimistisch. Es schien fast so, als wetteifere die überhebliche Neigung zum Machtmißbrauch der Sieger mit der Unfähigkeit der Besiegten, eigene Unzulänglichkeiten zu erkennen. Inzwischen scheint Besonnenheit und Selbstbeschränkung etwas mehr die Oberhand gewonnen zu haben.

DIE PSYCHOLOGISCHE DIALEKTIK IN DER ORDNUNGSPOLITIK

Das Problem der restaurativen oder sozial fortschrittlichen Wirkung gegenwärtiger Ordnungsversuche sei vorweg noch durch einen anderen allgemeinen Hinweis deutlich gemacht. Es scheint ein psychologisches Gesetz zu geben, nach dem die Menschen bei ihren Bemühungen, ihr Gemeinschaftsleben zu ordnen, unter dem Eindruck bestimmter Zeiterlebnisse dazu neigen, von einem Extrem in das andere zu fallen. Diese Pendelbewegung in der Ordnungspolitik läßt sich in den letzten 200 Jahren unserer Wirtschaftsgeschichte bis in unsere Gegenwart hinein gut verfolgen.³⁾ Auf den zerfallenden Feudalismus und die merkantilistische Politik des absolutistischen Staates reagierte die erstarkende bürgerliche Welt mit der Propagierung des Laissez-faire, der sich selbst überlassenen Marktwirtschaft. Aus den sozialen Begleiterscheinungen der sich entfaltenden und gleichzeitig immer mehr arbeitsteilig aufsplitternden Marktwirtschaft und ihren periodisch auftretenden Wirtschaftskrisen erwuchs die marxistisch-sozialistische Massenbewegung, die das Heil in einer zentralistischen Organisation der Wirtschaft und in einem Gemeinschaftseigentum an den Produktionsmitteln sah. Als nach dem ersten Weltkrieg in Deutschland die Sozialisten an der Regierungsgewalt teilnahmen, verzichteten sie bis auf weiteres auf die Verwirklichung ihrer Ordnungsvorstellungen, u. a. weil sie unter die Wirkung einer neuen Pendelbewegung gerieten, die ihren Ordnungsvorstellungen nicht günstig war. Die staatliche Zuteilungswirtschaft zusammen mit all dem anderen aus einer Kriegssituation sich ergebenden Zwang war im ersten Weltkrieg das Zeiterlebnis, das eine liberale Welle auslöste, die sich in der Praxis um so intensiver auswirken mußte, als von den Sozialisten kein klares und brauchbares Bild von einer sozialistischen Ordnung entwickelt worden war. Als die zwar sozial temperierte, aber doch im entscheidenden Augenblick sich selbst überlassene Marktwirtschaft der Weimarer Republik in die große Weltwirtschaftskrise geriet, kam der neue Gegensatz, der die alte Ordnung nicht nur auf wirtschaftlichem, sondern mehr noch auf politischem Gebiet über den Haufen warf. Das Pendel schlug diesmal nicht in marxistischer, sondern in faschistischer Richtung aus.

³⁾ Vgl. dazu Eduard Heimann: „Freiheit und Ordnung“, Berlin 1950.

Denn diesmal wirkten zwei fast gleichstarke schockhafte Zeiterlebnisse: das marktwirtschaftliche Chaos der Wirtschaftskrise und das marxistisch-bolschewistische Experiment in Rußland. Der Zusammenbruch des „Dritten Reiches“ schließlich löste eine neue liberale Welle aus, und manchmal hat man den Eindruck, daß der liberalistisch-individualistische Impuls dieser Welle, hinter dem der dreifache Schock der nationalsozialistischen und kriegswirtschaftlichen Vergangenheit und der bolschewistischen Gegenwart steht, besonders heftig und daher gefährlich ist.

Diese Neigung der Menschen, ins andere Extrem zu flüchten, verführt sie dazu, nicht nur Unbrauchbares, sondern auch Brauchbares des überwundenen Systems über Bord zu werfen. Hier wird der Fehler gemacht, daß den einzelnen Ordnungsmitteln das mangelhafte Ergebnis des ganzen Ordnungssystems und der durch ihn bewirkten Verhaltensweise der Menschen zur Last gelegt wird. So wollten die Marxisten mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem möglichst alle seine Ordnungsmittel: Geld, Markt, Preise und Individualigentum beseitigen, wobei sie übersahen, daß nicht diese Mittel, sondern eine bestimmte Art ihrer Kombination, vor allem ihre Verbindung mit der sozialen und politischen Laissez-faire-Haltung des Staates den sozialen Effekt des beginnenden Hochkapitalismus hervorgerufen hatten.

Heute neigen die Menschen dazu, das, was sie in der nationalsozialistischen Vergangenheit an schwindender Freiheit und zum Schluß an wachsender Unordnung erlebt haben, den direkten Staatseingriffen in die Wirtschaft zuzuschreiben und die Diffamierung solcher Eingriffe geradezu als Bedingung für die Lösung des Ordnungsproblems anzusehen. Dabei beachten sie nicht, daß auch Staatseingriffe im wirtschaftlichen Bereich an sich weder gut noch schlecht sind, sondern daß es auch hier wieder auf die Kombination mit anderen Ordnungsmitteln, auf die Einbeziehung der menschlichen Verhaltensweisen, auf das gesteckte Ziel und die gegebene Situation ankommt. Es gibt Situationen, die nicht anders gemeistert, und Ziele, die nicht anders erreicht werden können, als daß man auch direkte Staatseingriffe als Ordnungsmittel einsetzt. Auch die letzten Jahre waren nicht frei davon. Damit man solche Eingriffe, wo es not tut, auch wirkungsvoll anwenden kann, darf man sie und den Staat nicht mit einem zweifelhaften Odium behaften, wie es in den letzten Jahren selbst von höchsten Vertretern unseres Staates immer wieder geschehen ist. Die Kenntnis dieser Pendelbewegung sollte uns heute eigentlich in den Stand setzen, diese Fehler zu vermeiden. Das ist aber leichter gesagt als getan. Die dogmatischen Simplifikateure bekommen allzu leicht die Oberhand. Die Vielschichtigkeit der sozialökonomischen Zusammenhänge ist den Wählermassen schwer verständlich zu machen. Die vereinfachenden Bilder des Marxismus und eines dogmatischen Wirtschaftsliberalismus gehen dem Laienverstande viel leichter ein. Es kommt hinzu, daß die Menschen das

am meisten überzeugt, was sie aus eigenem Erlebnis kennen. So erscheint ihnen z. Z. die Gefahr des aus Staatseingriffen resultierenden Zwanges noch immer größer als die Gefahr von Massenarbeitslosigkeit und der einseitigen Bereicherung einzelner Schichten, zumal das letztere sich heute in Deutschland hinter einem schwer durchschaubaren Schleier vollzieht.

In einer solchen Situation erhalten diejenigen Menschen und politischen Gruppen, die sich von der jeweils vorherrschenden Massenpsychose freihalten konnten, eine besonders wichtige Ausgleichsfunktion. Sie erhalten die Aufgabe, die Pendelbewegung vor einem extremen Ausschlagen zu bewahren. Eine schwierige und meist undankbare Aufgabe. Schwierig deshalb, weil solche Bemühungen gewöhnlich erst dann Erfolg haben, wenn die Mängel der einseitigen Zeitendenzen für alle sichtbar werden, undankbar deshalb, weil die Warner häufig erst zu einem Zeitpunkt zum Zuge kommen, wenn die Situation nur noch mit Mitteln des entgegengesetzten Extrems zu bewältigen ist und keine ausreichende Zeit bleibt, die Menschen zu veranlassen, sich situationsgerecht zu verhalten.

BEDEUTUNG UND AUFGABE DER OPPOSITION

Diese Ausgleichsfunktion, in Opposition zur Zeitströmung die vorhandenen Einseitigkeiten bewußt zu machen und, wenn möglich, einzudämmen, fiel in den letzten Jahren und fällt auch in Zukunft in Deutschland vornehmlich der SPD. und den Gewerkschaften zu. Denn in Zeiten eines liberalistischen Trends besteht immer die Gefahr, daß die Ansprüche der sozial und wirtschaftlich schwächsten Schichten unter die Räder geraten, und die SPD. hat ebenso wie die Gewerkschaften in traditioneller Verpflichtung die Sache der sozial Schwächsten zur eigenen Sache gemacht und eine dementsprechende Umgestaltung der Wirtschafts- und Sozialordnung gefordert.

Darin liegt der Grund, weshalb in der sozialen und politischen Auseinandersetzung die SPD. und die Gewerkschaften gelegentlich am gleichen Strang ziehen müssen. Allein deshalb die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften anzuzweifeln, wird der Sachlage nicht gerecht. Dann müßte man auch die Neutralität reiner Interessenverbände, etwa der Unternehmervverbände, in Frage stellen. Daß sich im politischen Kampf eine gemeinsame Frontstellung von bestimmten Wirtschaftsverbänden und bestimmten Parteien ergibt, ist unvermeidlich. Eine stärkere Distanzierung zwischen SPD. und Gewerkschaften könnte sich nur ergeben, wenn etwa die SPD. noch mehr als bisher aus einer Arbeiterpartei zu einer auch die Mittelschichten umfassenden Bewegung würde und wenn gleichzeitig die Gewerkschaften sich auf eine reine Interessenvertretung der gewerkschaftlich Organisierten zurückziehen würden. Aber diese gegenläufige Entwicklung in den Zielsetzungen der SPD. und der Gewerkschaften ist kaum wahrscheinlich und schon gar nicht zu wünschen. Mit Rücksicht auf ihre oppositionelle Ausgleichsfunktion muß zwar die SPD.

künftig zu einer echten Volkspartei werden. Das Gesetz, nach dem die Gewerkschaften in Deutschland angetreten sind, ist aber nicht die rein wirtschaftlich-soziale Interessenvertretung, sondern die Bekämpfung von Einseitigkeiten und Ungerechtigkeiten auch da, wo die Betroffenen nicht gewerkschaftlich organisiert sind. Diese Feststellung bedeutet kein einseitiges Bekenntnis zur marxistischen Tradition der deutschen Gewerkschaften. Im Gegenteil. Die Verwirklichung einer besseren Sozialordnung liegt dem sozialistischen und dem christlichen Flügel der Gewerkschaften heute gleichermaßen am Herzen. Die gemeinsame Proklamation des Mitbestimmungsrechtes hat das gezeigt. Die weltanschauliche Neutralität der Gewerkschaften bedingt nicht den Rückzug der Gewerkschaftspolitik auf eine reine Interessenvertretung, sie bedingt lediglich, daß die Gewerkschaften sich im Kampfe um eine bessere Sozialordnung von allen dogmatischen Ordnungsvorstellungen, mögen sie nun marxistischer oder sonstiger Herkunft sein, frei halten.

Wenn die Gewerkschaften in den ersten Jahren nach der Währungsreform so rücksichtslos ihre Markt- und Machtchancen ausgenutzt hätten, wie es die Unternehmerschaft, legitimiert durch das marktwirtschaftliche Dogma, getan hat, dann wäre das soziale Chaos unvermeidlich gewesen. Wenn dies nicht geschah, dann nicht zuletzt deshalb, weil sich Hans Böckler für mehr verantwortlich fühlte als für die kurzfristigen Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft.

Die Politik der amerikanischen Gewerkschaften als Muster zu empfehlen, wäre sehr gefährlich. Die Produktivität und expansive Elastizität der Wirtschaft gestattet in den USA. eine viel robustere Gewerkschaftspolitik als bei uns. Die geringeren wirtschaftlichen Möglichkeiten in Deutschland zwingen hier zu einer stärkeren Rücksichtnahme auf die wirtschaftlich und organisatorisch schwachen Berufsschichten. Eine rigorose Lohnpolitik starker Gewerkschaften führt bei uns allzu leicht zu einer preislichen Überwälzung der erhöhten Lohnkosten auf die Schultern der bereits vorher Zukurzgekommenen. Was bei unseren Gewerkschaften heute u. a. not tut, ist, daß sie stärker als bisher ihr Augenmerk auf die Einkommensunterschiede innerhalb der Gruppe der Lohn-, Gehalts- und Rentempfänger richten und es nicht ausschließlich der Stärke und Initiative der einzelnen Industriegewerkschaften überlassen bleibt, wie sich die von ihnen Vertretenen einkommenspolitisch arrangieren. Ein solches Ziel ist nicht vereinbar mit einem Rückzug der Gewerkschaften auf bloße Interessenvertretung, die ausschließlich in den Händen der einzelnen Industriegewerkschaften liegt.

Wer etwa hofft, daß ein solcher „Rückzug“ mit einer stärkeren Distanzierung von alten marxistischen Klassenkampfvorstellungen verbunden sein müßte, begeht einen gefährlichen Irrtum. Gerade viele der alten vom Marxismus herkommenden Gewerkschafter neigen heute mehr als alle anderen dazu, sich praktisch auf eine einseitige Interessen- und Lohnpolitik

beschränken zu wollen. Das hat verschiedene Gründe. Zum Teil liegt es daran, daß sie nach wie vor glauben, in einem rein kapitalistischen Wirtschaftssystem zu stehen, in dem jeder Lohnkampf Klassenkampf von unten ist und die allgemeinen sozialen Verhältnisse verbessert. Wenn man unsere heutige soziale Wirklichkeit als eine reine Zweiklassengesellschaft sieht, kann man natürlich nicht erkennen, daß es Situationen gibt, in denen eine rigorose Lohnpolitik die sozialen Verhältnisse sogar verschlechtert. Drängt man die Gewerkschaften aus der wirtschafts- und sozialpolitischen Mitverantwortung heraus, anstatt sie stärker hineinzuziehen, dann stärkt man gerade die ideologisch rückständigen Elemente.

Unter diesem Aspekt sollte man auch die Mitbestimmungsforderung sehen. Sie zwingt die Gewerkschaften zur Mitverantwortung, und sie zwingt ihre Vertreter damit, sich für die neuen Aufgaben die erforderlichen Sachkenntnisse anzueignen.

Auch die CDU. kann mit Recht darauf hinweisen, daß ein hoher Prozentsatz der Arbeitnehmerschaft zu ihren Wählern gehört. Solange aber der diese Wählerschaft vertretende sogenannte linke Flügel der CDU. keinen dominierenden Einfluß in dieser Partei gewinnt, wird die Distanz zwischen CDU. und Gewerkschaften immer größer bleiben als die Distanz zwischen SPD. und Gewerkschaften. Daran werden auch die Bemühungen, die Zahl der CDU.-Funktionäre in den Gewerkschaften zu erhöhen, nichts ändern. Der Einfluß der CDU. auf die Gewerkschaften wird auf die Dauer bestimmt sein durch den Einfluß, den die Gewerkschaften auf die CDU. haben. Diese Wechselbeziehung wird keine „Gleichschaltungsbestrebung“ übersehen dürfen, will sie Erfolg haben.

Wenn es richtig ist, daß alles darauf ankommt, die sozialen und politischen Machtkämpfe in die Richtung einer echten sachlichen Auseinandersetzung abzu drängen, und daß der Opposition dabei eine wichtige Rolle zufällt, dann gilt es zunächst, eine sehr ernste Frage zu bereinigen, die Frage der Wahlfinanzierung. Solange die besitzenden Schichten die Möglichkeit haben, ihre Reichtumsmacht auf der politischen Ebene auszuspielen, bedeuten einheitliche demokratische Spielregeln nicht für alle Beteiligten das Gleiche, und es wird mit Recht ein Rest des alten marxistischen Vorwurfs vom Klassenstaat erhalten bleiben. Meint man es mit dem Interessenausgleich ernst in unserer Demokratie, so muß man ins Auge fassen, die Finanzierung der politischen Parteien einer öffentlichen Kontrolle und Reglementierung zu unterwerfen. Streng genommen müßten Parteiorganisationen mit den Beiträgen und Stiftungen ihrer Mitglieder auskommen und müßten solche Beiträge aus dem versteuerten Privateinkommen der Mitglieder stammen. Wenn aber die Privatunternehmungen und ihre Interessenverbände Parteien finanzieren dürfen, muß man auch den Gewerkschaften gestatten, direkt oder indirekt, moralisch oder finanziell solche Parteien zu unterstützen, die ihre Zielsetzung mehr oder weniger

teilen, ganz gleich, ob die Gewerkschaften reine Interessentenpolitik betreiben oder nicht. Wer auf Vorrechten beharrt, darf sich nicht wundern, wenn sich der Gegenspieler bemüht, auch solche zu erhalten, und dabei die Spielregeln nicht ernst nimmt. Das aber bedeutet die Verewigung des Machtkampfes um seiner selbst willen und nicht die Bemühung um eine Sozialordnung mit einem besseren Interessenausgleich.

Machtmißbrauch, Überheblichkeit und Irrtum sind keine „Privilegien“ bestimmter Klassen oder Parteien. Sie passieren allen immer wieder. Aber die jeweiligen Sieger im Macht- und Meinungskampf sind besonders gefährdet. Nach dem letzten Wahlkampf hatte man zeitweilig den Eindruck, daß die Überheblichkeit und Unduldsamkeit der siegreichen Koalition ins Maßlose angestiegen sei. Schlug man den Anzeigenteil einer Tageszeitung auf, so fand man gelegentlich bereits Annoncen, in denen eine Unternehmung eine Fachkraft suchte, die im christlichen Glauben gefestigt war. (Der christliche Glaube wurde also bereits zum Produktionsfaktor degradiert.) Versuchte man tüchtige, junge akademische Nachwuchskräfte, die der SPD. oder den Gewerkschaften nahestehen, in Wirtschaft und Verwaltung unterzubringen, dann stieß man gerade bei denen auf eine fast unüberwindliche passive Resistenz, die vorher über das Parteibuchbambentum des Gegners gewettert hatten.

Alle diese Äußerungen zeigen die geistige Hybris, die selbst totalitären Systemen gefährlich werden kann, die sich indessen überhaupt nicht mit einem demokratischen Gemeinwesen verträgt. Sie zeigen den Glauben, daß mit dem Siege der eigenen Richtung bereits alles zum besten bestellt und daher jede oppositionelle Kritik überflüssig ist. Solche Kritik wird dann nur noch als Störung empfunden. Ihre Träger werden als bloße Störenfriede des Aufbaues betrachtet, die man am besten kaltstellt, wo man nur kann.

Eine solche Haltung hat gefährliche Konsequenzen. Einmal verleitet sie dazu, die bedeutungsvolle Rolle der Opposition nicht ernst zu nehmen und nicht auf das zu hören, was diese zu sagen hat; zum anderen veranlaßt sie den Gegner, aus einem übertriebenen Mißtrauen heraus in den gleichen Fehler zu verfallen und eine sachliche Auseinandersetzung nicht nur für unmöglich, sondern auch für unzumutbar zu halten. Es kommt aber alles darauf an, daß die Opposition sachlich bleibt, denn nur dann kann sie ihre Ausgleichsaufgabe erfüllen. Fällt sie nämlich, verleitet durch das Verhalten des Gegners, in einen reinen Machtkampf zurück, so ist auch jede echte Selbstkritik³⁾ und damit jeder geistige Fortschritt in ihrem eigenen Lager in Frage gestellt, was wiederum auf den Gegner zurückwirkt. Aus diesem Zirkel und der damit verbundenen unfruchtbaren Dialektik der Ordnungspolitik läßt sich nur durch Bemühungen auf

³⁾ Zum Thema der sozialistischen Selbstkritik sei hier auf den Artikel des Verfassers in den Gewerkschaftlichen Monatsheften, Oktober 1953, verwiesen: „Die Aufgaben der SPD. in unserer Zeit. Lehren der Bundestagswahl 1953.“

beiden Seiten herauskommen. Die von der SPD. und den Gewerkschaften getragene Opposition sollte sich besonders darüber klar sein, daß unsachliche Einseitigkeiten und Unausgewogenheiten sich in der heutigen Zeit nur liberalistische Programme leisten können, daß oppositionelle antiliberalistische Kritik und ihr Gegenprogramm also nicht nur klar und allgemein verständlich, sondern auch sachlich ausgewogen sein müssen, um bei den Massen anzukommen. Sachlichkeit und Selbstkritik, die dazu führt, liegen heute also in gewissem Umfange auch im Interesse des reinen Machtkampfes der Opposition.

Die Rolle, die der SPD. und den Gewerkschaften bei den Bemühungen um neue Ordnungsformen zufällt, ist keineswegs einfach, zumal sie nicht gestattet, restaurativ bei den alten Ideen und Gepflogenheiten aus der Weimarer Zeit anzuknüpfen. Sie werden mit ihrer Rolle nur fertig werden, wenn sie sich von besten Fachkräften auf pädagogischem, publizistischem und wissenschaftlichem Gebiet beraten lassen, auch und gerade da, wo die Ratschläge gegen die unmittelbaren Interessen der Funktionäre verstoßen. Sie werden ihre Ausgleichsaufgabe nur erfüllen, wenn es ihnen gelingt, ohne dogmatisches Vorurteil das Gemeinwohl und die zu ihm führenden Ordnungsmittel ins Auge zu fassen, sowohl in kritischer Auseinandersetzung mit der bisherigen Ordnungspolitik als auch durch eigene konstruktive Gegenvorschläge.

PROBLEME EINER FORTSCHRITTLICHEN ORDNUNGSPOLITIK

Die Überschätzung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Institutionen ist als Reaktion der Aufklärung auf die christliche Passivität gegenüber der einmal vorgefundenen und daher gottgewollten Ordnung durchaus verständlich. Gegenüber einer solchen passiven Haltung hatte der aufklärerische Eifer, mit dem Liberalisten und Marxisten die Bedeutung der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung betonten, eine gewisse Berechtigung. Nur taten die Ordnungsfanatiker des 19. Jahrhunderts nicht gut daran, darüber die alte christliche Lehre von der unzulänglichen und sündhaften Natur des Menschen zu vergessen. So wurde die Frage, wie denn die Unzulänglichkeit des Menschen sich in den verschiedenen Gesellschaftsordnungen auswirkt, von ihnen nur allzusehr vernachlässigt. An dieser Unterlassungssünde kranken auch heute noch die meisten ordnungspolitischen Diskussionen und Experimente.

Es genügt dabei nicht, nach den Motivationen zu fragen, die hinter einzelnen Ordnungsabsichten stehen. (Übertriebene ideologische Verdächtigungen können sogar dem Ordnungsvorhaben gefährlich werden.) Es genügt auch nicht, sich darüber klar zu sein, daß eine Ordnungsidee nur fruchtbar ist, wenn sie auch Aussicht hat, für ihre Verwirklichung soziale Träger zu finden. Mindestens ebenso wichtig ist zu wissen, welche Ansprüche sie an die Menschen stellt und welche Wirkungen sie auf sie ausübt. Und diese Fragen sind bisher nicht zureichend untersucht wor-

den. Kein Wunder, daß auch heute noch ordnungspolitisch experimentiert wird, ohne sie genügend zu beachten.

Wirtschaftsverfassungspolitik

Die von Minister Erhard vertretene sogenannte „soziale Marktwirtschaft“ beruht auf den theoretischen Vorstellungen der neoliberalen Schule. Die nach dieser Auffassung anzustrebende zweckmäßigste Wirtschaftsverfassung ist in zweierlei Hinsicht gekennzeichnet: ihre Preisbildung ist frei, d. h. vom Staate nicht reglementiert, dafür soll sie soweit wie irgendmöglich unter den Druck der Konkurrenz gestellt werden. — Die Konkurrenzverhältnisse sind daher in der Wirtschaft zu verbessern, notfalls durch den Staat. Wo sich Monopole nicht zerschlagen lassen, sind sie einer öffentlichen Kontrolle zu unterstellen.

Nur die eine Hälfte dieser Wirtschaftsverfassung ist bisher verwirklicht worden. Daß das geschehen würde, war nicht schwer vorauszusehen. Die freie Preisbildung ist hergestellt worden, die Verbesserung der Konkurrenzverhältnisse und die Monopolkontrolle haben jedoch unter dem Erhardschen Regime bisher keine nennenswerten Fortschritte gemacht. Es wurde also nur das verwirklicht, was unter den Verhältnissen der letzten Jahre den Interessen der Unternehmerschaft entsprach: die freie Preisbildung. Der andere Teil, der die Gewinne hätte schmälern können, blieb unvollendet. Mag dieses restaurative Ergebnis auch nicht von der Regierung beabsichtigt gewesen sein, sein Vorhandensein kann von niemandem bestritten werden.

Der Fehler, der hier gemacht worden ist, ist leicht zu erkennen. Man hat die Konkurrenz als wirtschaftliches Ordnungsmittel überschätzt und den Widerstand der Produzenten und Händler gegen die verstärkte Anwendung dieses Mittels unterschätzt. Man hat aber vor allem übersehen, daß, wenn überhaupt, auf andere Ordnungsmittel nur verzichtet werden kann, sobald sich in der Praxis selbst erwiesen hat, daß das bevorzugte Ordnungsmittel des Konkurrenzdruckes allein ausreicht, um das angestrebte soziale Ziel zu erreichen.

Man hätte also zunächst einmal feststellen müssen, wie weit die Struktur unserer heutigen Wirtschaft es überhaupt gestattet, das Mittel des Konkurrenzdruckes wirkungsvoll anzuwenden. Solange das nicht klar gestellt war, durfte man nicht auf die Mittel einer aktiven staatlichen Preispolitik verzichten. Um nur einige dieser Mittel zu nennen: Preisauszeichnungspflicht, Angabe der Handelsspanne, Preiskontrollen, und notfalls auch Preisfestsetzung. Mit solchen Mitteln hätte sich allerdings der Wirtschaftsminister in Handel und Produktion bald mißliebig gemacht. Es war daher sehr viel bequemer, auf solche Mittel zu verzichten, zumal die Konsumenten froh waren, überhaupt wieder kaufen zu können.

Ziele und Mittel der Wirtschaftspolitik
Was dem Wähler nie genügend klar gemacht werden kann, ist die Tatsache, daß eine einseitige Fest-

legung auf marktmechanische Lenkung der Wirtschaft häufig genug mit sozialen Zielsetzungen in Widerstreit geraten muß. Denn, wie schon erwähnt, die Ziele Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Produktivität sind in der Wirtschaftspolitik nicht beliebig miteinander vereinbar. Wer das nicht ganz klar herausstellt, zieht sich mit Recht den Vorwurf des wirtschaftspolitischen Täuschungsversuches zu.

Dazu ein anderes Beispiel, ebenfalls aus den ersten Jahren der „sozialen Marktwirtschaft“:

Nach der Währungsreform konnte die Konkurrenz unter den Produzenten schon deshalb nicht ausreichend zum Zuge kommen, weil der große Nachholbedarf den Wettbewerb unter den Konsumenten verschärfte und die Preise in die Höhe trieb. Das wurde zur Ursache für die großen neuen Vermögensbildungen in Handel und Produktion. Die Masse der Konsumenten war nicht bereit zu sparen. An ihrer Stelle sparten und investierten die Unternehmungen aus ihren Gewinnen. Das war, wenn wir von den Kapitalfehlleitungen, die dabei stattfanden, absehen, ökonomisch notwendig, sozial aber höchst bedenklich, jedenfalls wenn man es für fragwürdig hält, daß sich im Zuge des Wiederaufbaus die neugebildeten Vermögen in wenigen Händen sammelten.

Was die wenigsten Unternehmer begreifen können, ist, daß diese Vermögen ihnen in höherem Maße aus der allgemeinen Mangellage und dem geringen Sparwillen der Konsumenten als aus den eigenen Leistungen zuwachsen. Hätten die Konsumenten in den ersten Jahren nach der Währungsreform einen Teil ihres Einkommens gespart, wären sie also mit einer geringeren nominellen Kaufkraft auf dem Markt erschienen, so hätten sie für niedrigere Preise die gleiche Warenmenge kaufen und daneben eigenes Vermögen bilden können. Da die Konsumentenschaft nicht organisiert ist, konnte sie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen.

Der Staat hätte den Konsumenten natürlich helfen können. Aber dann hätte er entweder zum Zwangssparen oder zur Preiskontrolle und Rationierung greifen müssen, beides direkte staatliche Eingriffe, die weder in die Konzeptionen der Erhardschen Wirtschaftspolitik noch zu unserer liberalistischen Zeitströmung paßten.

Wir sehen an diesem Beispiel, daß es von der gegebenen Situation und der Verhaltensweise der Menschen (in unserem Falle von dem Sparwillen der unteren Einkommenschichten) abhängt, mit welchen Mitteln ein wirtschaftliches oder soziales Ziel (in unserem Falle die Vermögensbildung bei den breiten Massen) erreicht werden kann, und daß man sich daher in den Mitteln nicht vorher dogmatisch festlegen darf. Tut man es trotzdem, so darf man sich nicht über den Vorwurf wundern, man meine es mit den verkündeten sozialen Zielen der Marktwirtschaft gar nicht ernst.

Es handelt sich hier nicht bloß um ein Problem vergangener Jahre, sondern um eine durchaus noch

aktuelle Frage. In letzter Zeit hat Nell-Breuning wieder darauf hingewiesen, daß sich das Einkommen der Lohn-, Gehalts- und Rentenbezieher über den vorhandenen Konsumfonds unserer Volkswirtschaft hinaus erhöhen ließe, wenn Sicherheit gegeben wäre, daß das zusätzliche Einkommen gespart und nicht konsumiert würde.⁴⁾ Das ist sicherlich richtig. Man würde aber auch heute nicht um gewisse Zwangsmaßnahmen herumkommen, denn bei der geringen, sich meist auf Zwecksparen beschränkenden Sparneigung der breiten Massen würde andernfalls eine nennenswerte Einkommenssteigerung sofort wieder durch steigende Nachfrage und steigende Preise auf den Konsumgütermärkten ausgeglichen werden.

Erziehung

zu einem ordnungskonformen Verhalten

Natürlich ist es fraglich, ob Maßnahmen wie Preiskontrollen und Zwangssparen gleich nach der Währungsreform auf große Gegenliebe gestoßen wären. Die Abneigung gegen solche Mittel war damals gerade auch unter den breiten Konsumentenschichten noch zu groß, da man in der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft in dieser Hinsicht überfordert worden war. Auch eine sozialistische Regierung hätte in Deutschland mit solchen Methoden vorsichtig umgehen müssen. So ist es verständlich, daß man diese Mittel damals nicht anwandte. Einen ausgesprochen restaurativen Charakter bekam diese Wirtschaftspolitik des Gehenlassens erst dadurch, daß jene nicht angewandten Mittel ausdrücklich als schlechthin verwerflich in Acht und Bann getan wurden und die Schwarzmärkte nachträglich mit der Gloriole der Selbsthilfe umgeben wurden.

Das war zu einem Zeitpunkt, an dem man noch gar nicht übersehen konnte, wie sich der Außenhandel entwickeln würde, geradezu unverantwortlich. Man kann daher die Erhardsche Wirtschaftspolitik der letzten Jahre mit einigem Recht als eine erfolgreiche, aber leichtfertige A-la-hausse-Spekulation bezeichnen. Ein verantwortungsbewußter Hausvater muß auch heute noch damit rechnen, daß es im Zuge internationaler Verwicklungen zu Versorgungsschwierigkeiten kommen kann und daß dann die Anwendung jener verpönten Mittel unvermeidlich würde.

Hier sind wir bei dem entscheidenden Punkt angelangt. Während früher dem Staate mehr gegeben wurde, als des Staates war, und der einzelne in seiner Disziplin und Opferbereitschaft überfordert wurde, wird heute kaum etwas getan, um jenes Minimum an Disziplin des Staats- und Wirtschaftsbürgers zu sichern, ohne das ein geordnetes Gemeinschaftsleben in schwierigen Situationen nicht garantiert werden kann. Das fängt beim Straßenverkehr an und hört bei der Steuer- und Wirtschaftsmoral auf. Das „bereichert euch auf Kosten der anderen und auf Kosten der Gemeinschaft!“ ist das restaurative Kennzeichen unserer Zeit. Es entspricht unserem Zeitgeist und unserer Wirtschaftspolitik. Es muß zum entscheiden-

⁴⁾ Prof. O. v. Nell-Breuning S. J.: „Eigentumsbildung in Arbeiterhand“, Paderborn 1953.

den Hemmnis für jedes Bemühen um einen echten Ordnungsfortschritt werden und muß geradezu katastrophale Folgen haben, wenn außergewöhnliche Situationen eintreten sollten. Bisher sind wir von solchen Situationen verschont geblieben, aber das bestätigt nicht die Richtigkeit unserer Wirtschaftspolitik und unserer staats- und wirtschaftsbürgerlichen Erziehung.

Wie wenig Gefühl für das Erforderliche gelegentlich bei uns an verantwortlicher Stelle vorhanden ist, dafür mag als Beispiel jenes Lob dienen, das etwa zu Beginn der Koreakrise unser Wirtschaftsminister der Jugend erteilen zu müssen glaubte, weil sie so eifrig bemüht war, auf unseren Trümmerfeldern Schrott, vor allem NE-Metalle zu sammeln und zwecks Erhöhung des Taschengeldes der Wirtschaft zuzuführen. Leider hat sich diese Sammlungsbewegung damals auch gar zu gern der Türklinken und Dachrinnen unzerstörter Häuser angenommen.

Solche Appelle an den Eigennutz mit ihren zweifelhaften Folgen zeigen eine merkwürdige Unterschätzung der Bedeutung des moralischen Faktors auf dem Gebiete der Wirtschaft.

Am gefährlichsten ist wahrscheinlich das, was sich auf steuerlichem Gebiete tut. Wenn man heute in einem Geschäft einen Privateinkauf tätigt, wird man unaufgefordert gefragt, ob die Rechnungen zu Belegzwecken auf andere Waren umgeschrieben werden sollen. Solche unaufgeforderten Fragen zeigen, daß es sich hier um Vorkommnisse handelt, die bereits landesüblich geworden sind. Die wenigsten, die solche Gepflogenheiten angenommen haben, sind sich völlig klar darüber, daß sie auf Kosten der Allgemeinheit und derjenigen Mitmenschen leben, die solche Praktiken nicht pflegen wollen oder können, und daß sie selbst die Verursacher der hohen Steuersätze sind, über die sie täglich klagen. Viele entschuldigen sich mit dem Hinweis, daß das ja heute gang und gäbe sei und man der Dumme wäre, wenn man nicht mitmachen würde.

Hier wird also seit Jahren ein Experiment durchgeführt, das darauf abgestellt ist, die Menschen zu Unehrlichkeit und zu gesamtwirtschaftlich unrationellem Verhalten zu erziehen. Das ist aber genau das, was in unserer großorganisierten arbeitsteiligen Wirtschaft, in der Rationalität und Disziplin entscheidende menschliche Qualitäten sind, eine Sozialordnung nicht verträgt. Nimmt man hinzu, daß die progressive Einkommensteuer, anstatt einkommensnivellierend zu wirken, bereits Ursache von Einkommensunterschieden geworden ist, so haben wir hier ein geradezu klassisches Beispiel dafür, wie ein Ordnungsmittel das Gegenteil des Beabsichtigten bewirkt, weil das ordnungskonforme Verhalten der Menschen fehlt und es unterlassen wird, auf dieses Verhalten Einfluß zu nehmen. Denn selbstverständlich darf die Wirtschaftspolitik nicht ohne weiteres resignierend ein bestimmtes menschliches Verhalten als unveränderliche Konstante hinnehmen.

Dafür liefert die Agrarpolitik das instruktive Beispiel. Dort geht schon lange der Streit darum, ob die Landwirtschaft unter den erzieherischen Druck der ausländischen Konkurrenz gestellt werden oder ob sie den Schutz einer manipulierten Marktordnung genießen soll. Beide Wege führen nicht zu dem gewünschten Ziel, solange das Verhalten unserer Landwirte sich nicht ändert. Solange bei ihnen weder der Wille noch die Fähigkeit zur Rationalisierung ihrer Betriebe in ausreichendem Maße entwickelt ist, muß der erste Weg zum Ruin eines nicht unbeträchtlichen Teiles der Landwirtschaft führen, während der zweite Weg zu Kostgängern der Allgemeinheit macht. Es ist nämlich ein Irrtum anzunehmen, daß das Ordnungsmittel des Konkurrenzdruckes genügt, um die Menschen zu einem ökonomisch rationalen Verhalten zu zwingen. Solange sie nicht wissen, was das heißt (und einen modernen durchrationalisierten landwirtschaftlichen Betrieb aufzubauen und zu führen, dazu gehört überdurchschnittliche Energie und Sachkenntnis), werden sie sich verhalten wie ein Nichtschwimmer, der ins Wasser geworfen wird; sie werden untergehen, ehe sie schwimmen gelernt haben. Deshalb muß jede erfolgreiche Agrarpolitik mit einer intensiven Schulung und Erziehung der Landwirte beginnen, ehe sie ihre Schützlinge ins Wasser der ausländischen Konkurrenz wirft. Sie wird dabei sicherlich nicht ohne Zwang auskommen; denn es gibt gerade in der Landwirtschaft viele Wasserscheue, die nicht schwimmen lernen wollen. (Weshalb kann heute noch jeder Bauernsohn den Hof seines Vaters übernehmen, während in der Industrie jeder, der einen qualifizierten Posten ausfüllen will, die Befähigung dazu nachweisen muß? Der Einwand, daß der Bauernsohn das Risiko des Eigentümers selbst trägt, gilt eben nicht bei einer protektionierten Landwirtschaft.)

Soviel steht jedenfalls fest: wenn man den Menschen den gewünschten Schutz der Gemeinschaft gewährt, muß man von ihnen auch die erforderlichen Gegenleistungen notfalls mit Zwang einfordern. Marktmechanische Lenkung der Wirtschaft setzt ein bestimmtes Verhalten der Menschen voraus; müssen sie erst dazu erzogen werden, so werden andere Ordnungsmittel häufig unvermeidbar. Das ignoriert man heute nur allzu gerne.

Gewinnbeteiligung und Vermögensverteilung

Auch die Überschätzung der Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmerschaft, die in den vielen öffentlichen Diskussionen der letzten Jahre über dieses Thema zum Ausdruck kommt, ist ein Kennzeichen unserer liberalistisch-antistaatlichen Zeitströmung. — Man glaubt auf diesem Wege ohne große wirtschaftspolitische Eingriffe die Einkommensverteilung „gerechter“ gestalten zu können. Überdies will man dadurch den Arbeiter stärker an sein Unternehmen binden und ihn veranlassen, sich mehr für seinen Arbeitserfolg zu interessieren.

Wollen wir die Eignung der Gewinnbeteiligung als Mittel einer besseren Einkommensverteilung be-

urteilen, so müssen wir fragen, was denn mit dem Unternehmungsgewinn „gerechter“ verteilt wird. Wir müssen fragen, was der Unternehmungsgewinn ist, woraus er sich ergeben hat. Volkswirtschaftlich gesehen, kann ein Unternehmungsgewinn folgende Ursachen haben:

1. Er kann auf einer echten Unternehmerleistung beruhen, etwa auf einer Durchrationalisierung des Betriebes, Verwendung neuer Patente, Weckung eines neuen Bedarfs, Erschließung neuer Märkte, bedarfsrichtiger Produktionsumstellung usw.

2. Er kann sich aus der Ausnutzung einer Monopol-situation oder einer dauerhaften Mangellage ergeben.

3. Er kann die Folge konjunktureller Veränderungen sein.

4. Er kann schließlich auf Leistungssteigerung der Arbeitnehmer beruhen, sofern diese noch nicht durch entsprechenden Leistungslohn abgegolten worden ist.

Nehmen wir den ersten Fall der Unternehmerleistung als einseitig gegeben an, so ist nicht einzusehen, weshalb es gerecht sein soll, einen Gewinn, der auf einer produktivitätssteigernden Unternehmerleistung beruht, an die Arbeitnehmer der Unternehmung zu verteilen. Es wird immer im Interesse der Allgemeinheit liegen, eine produktive Unternehmerleistung hoch zu bezahlen. Darüber hinaus sollte das Ergebnis der Unternehmerleistung aber der Allgemeinheit der Konsumenten durch entsprechende Preissenkungen zugute kommen. Das ist ja auch der Sinn des Konkurrenzdruckes in der freien Marktwirtschaft, daß er am produktiven Ergebnis der Unternehmerleistungen bald die Allgemeinheit der Konsumenten teilnehmen läßt.

Anders liegen die Verhältnisse im zweiten Fall, im Fall des Monopols. Hier könnte man sagen, die Arbeitnehmerschaft habe genau so viel Anspruch auf den Monopolgewinn wie der Unternehmer. Aber vielleicht wäre es doch richtiger, dies anders zu formulieren und zu sagen, die Arbeitnehmerschaft habe genau so wenig Anspruch auf den Monopolgewinn wie der Unternehmer; denn Monopolgewinn ist Ausbeutungsgewinn. Die Ausgebeuteten sind die Verbraucher, die die Monopolpreise zahlen müssen. Wenn die Arbeitnehmerschaft einer Unternehmung an solchem Ausbeutungsgewinn beteiligt wird, so entwickelt sich möglicherweise ein Gruppenegoismus, der den Klassengegensatz zwischen Arbeit und Kapital durch die gemeinsamen Interessen aufspaltet, die die Angehörigen mancher Industriezweige in einer Monopolpreisgestaltung haben, weil sie nicht nur hohen Profit, sondern auch höhere Löhne garantiert. Aber ist denn in Wirklichkeit in sozialer Hinsicht etwas dadurch gewonnen, daß eine horizontale Klassenspaltung durch eine vertikale Interessenspaltung ergänzt oder ersetzt wird?

Nur ein Monopolgewinn kann aber der Gewinnverteilung der Arbeitnehmer Stetigkeit verleihen, denn bereits beim dritten Fall, beim Konjunkturergewinn, ist die Gewinnbeteiligung auf längere Sicht wieder in

Frage gestellt. Das Wesen des Konjunkturergewinns ist seine Unstabilität. Er kann auch zum Verlust werden. Hier entsteht nun die Frage, ob der Arbeiter auch am Verlust beteiligt werden soll. Das wäre vielleicht bei einem amerikanischen Lebensstandard möglich. Unter den gegenwärtigen deutschen Verhältnissen würde eine solche Gewinn-Verlust-Beteiligung wohl wenig Anreiz bieten. Damit entfielen auch der Gedanke der Eigentumbeteiligung des Arbeiters durch die Kleinaktien. Man kann unter heutigen Verhältnissen dem Arbeiter kaum zumuten, seine kärglichen Ersparnisse in einer Kapitalbeteiligung zu riskieren, es sei denn, die Monopolstellung der Unternehmung senke das Risiko auf Null.

Es bleibt allein der vierte Fall übrig, wo die besonderen Leistungen der Arbeiterschaft zu einem Unternehmungsgewinn geführt haben. Die Ursache wird meist darin zu sehen sein, daß die Löhne zu niedrig waren. Man sollte dann aber nicht den Arbeiter am Gewinn beteiligen, sondern seinen Lohn heraufsetzen. Es mag bei Unternehmungen, deren Geschäftserfolg wie bei den Zeiß-Werken weitgehend von den Leistungen eines hochqualifizierten und gut bezahlten Arbeiterstammes abhängt, sinnvoll sein, einen Teil des Entgeltes an den Unternehmungsgewinn zu koppeln, aber man sollte sich nicht darüber täuschen, daß solche Fälle Ausnahmen sein und bleiben müssen.

So sollte man meinen, daß nur eine geringe Dosis des Ordnungsmittels „Gewinnbeteiligung“ geeignet ist, unsere Wirtschaftsordnung zu verbessern. Trotz dieser Skepsis ist allerdings auch in diesem Fall vor einem vorschnellen „Urteil vom grünen Tisch aus“ zu warnen. Man muß die Gewinn- und Ertragsbeteiligungsversuche, die heute in Westdeutschland in einer Reihe von Unternehmungen durchgeführt werden, mit Aufmerksamkeit und ohne jedes Vorurteil beobachten, um das Für und Wider auch dieses Ordnungsmittels nach den vorliegenden Erfahrungen beurteilen zu können. Vor allen Dingen sollte man sein Augenmerk genau den Wirkungen der Gewinnbeteiligung auf das Verhalten der Menschen, auf die soziale Atmosphäre im Betriebe zuwenden. Sollen in Zukunft durch entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen dauerhafte aus Monopolsituationen oder Mangellagen sich ergebende Gewinnüberhöhungen in zunehmendem Maße vermieden werden, so werden die Möglichkeiten für die Gewinnbeteiligung in unserer Wirtschaft sowieso zusammenschrumpfen.

Für die „Vermögensbildung in Arbeiterhand“ ist der Gewinnbeteiligung nicht viel Wert beizumessen. Eine solche Vermögensbildung ist keine einzelwirtschaftliche, sondern eine gesamtwirtschaftliche Angelegenheit, sie wird nennenswerte Ausmaße nur erreichen können, wenn generelle Lohnerhöhungen mit Sparmaßnahmen gekoppelt werden.⁵⁾ Dies könnte unter Umständen der wichtigste Beitrag werden, um unserer Sozialordnung den Rest ihres Klassencharakters zu

⁵⁾ Vgl. dazu Nell-Breuning, a. a. O., und Dr. Karl Hinkel: „Wirtschaftliche Probleme am Jahresende.“ In: „Der Gewerkschafter. Monatsschrift f. d. Funktionäre der IG. Metall“, Nov./Dez. 1953.

nehmen. Aber er wird wahrscheinlich mit einem besonders heftigen Widerstand von seiten der Unternehmerschaft rechnen müssen, weil solche Lohn-erhöhungen, die nicht als Kaufkraft auf den Konsumgütermarkt fließen, kaum auf den Konsumenten abwälzbar sind und daher auf Kosten der Gewinnquote gehen.

Sozialisierung oder Reprivatisierung
des Produktionseigentums?

Auch bei der Behandlung der Eigentumsfrage wird die liberalistische antistaatliche Zeitströmung deutlich spürbar. Die heute vorherrschende Neigung, möglichst viele öffentliche Unternehmungen ohne allzuviel Rücksicht auf die soziale und wirtschaftliche Zweckmäßigkeit privatisieren zu wollen, zeigt unmißverständlich das vorurteilhafte Mißtrauen, das man in unserer öffentlichen Meinung dem Staate entgegenbringt. Bei den Sozialisten äußert sich dieses Mißtrauen in der Suche nach zum Teil neuen nicht-staatlichen kollektiven Eigentumsformen, etwa in Gestalt der sogenannten Sozialgemeinschaften oder in der Vorliebe für genossenschaftliches Eigentum. Die Erfahrung hat gezeigt, daß, wie alle Ordnungsformen, auch alle Eigentumsformen mißbraucht werden können. Es genügt daher nicht, neue Eigentumsformen zu erfinden, man muß auch untersuchen, wie sie mißbraucht werden können und wie und unter welchen Voraussetzungen ein Mißbrauch vermieden werden kann. Das wird sich aber kaum ohne praktische Versuche ausreichend ermitteln lassen.

Auch bei der Entscheidung der Frage Privatisierung oder Sozialisierung des Produktionseigentums sollte man von einer Auswertung der vorliegenden praktischen Erfahrungen ausgehen. Dabei darf man sich allerdings nicht damit begnügen, die einzelnen Fälle des Erfolgs oder Mißerfolgs zu registrieren und sie einander gegenüberzustellen, man muß schon weitergehen und untersuchen, worauf die einzelnen Erfolge oder Mißerfolge zurückzuführen sind. Häufig werden sie gar nicht an den Eigentumsformen, sondern an ganz anderen Dingen gelegen haben. Geht man mit vorgefaßter Meinung an solche Analysen heran, so kommt es dabei nur allzu leicht zu Selbsttäuschungen oder bewußten Täuschungsversuchen.

Weder Privateigentum noch Gemeineigentum kann man heute noch mit gutem Gewissen zum Dogma erheben. Die SPD. war nicht gut beraten, wenn sie glaubte, den Reprivatisierungstendenzen unserer Zeit die Sozialisierungsforderung wieder in prinzipieller

Form, wenn auch nur für Teilbereiche der Wirtschaft, entgegenstellen zu müssen. Man kann ein Wirtschaftsdogma heute nicht mehr wirkungsvoll durch ein Gegendogma bekämpfen, sondern nur noch durch die Forderung nach undogmatischer Betrachtung der Dinge. Bei der Sozialisierungsforderung muß man um so vorsichtiger sein, als das bolschewistische Beispiel es den Sozialisierungsgegnern heute nur zu einfach macht, eine solche Forderung mit echten und falschen Argumenten zu bekämpfen. Anstatt daß man Eigentumsänderungen in bestimmten Wirtschaftszweigen (etwa im Bergbau) verlangt, sollte man lieber dazusetzen versuchen, daß solche Wirtschaftszweige auf die Eigentumsfrage hin von einem geeigneten Gremium von Fachleuten gründlich untersucht werden. Ohne solche Untersuchungen könnte ein vernünftiges Sozialisierungsgesetz sowieso nicht zustande kommen. Im übrigen ist die Eigentumsfrage bestimmt nicht die dringlichste unserer Sozial- und Wirtschaftsordnung. Viel wichtiger ist es, eine ganze Reihe von Undurchsichtigkeiten in unserem öffentlichen Leben zu beseitigen. Auf die undurchschaubare finanzielle Verquickung von Politik und Wirtschaft ist bereits hingewiesen worden. Die Unübersichtlichkeit unserer Sozialleistungen und die Undurchsichtigkeit unserer Vermögens- und Einkommensverhältnisse sind andere Beispiele. Man muß sich darüber klar sein, daß eine gewisse Durchschaubarkeit der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und Vorgänge die schlechthin wichtigste Voraussetzung für einen sozialen Ausgleich ist. Denn: je unklarer die Verhältnisse, um so größer das Mißtrauen, je größer das Mißtrauen, um so stärker die Neigung, möglichst in völliger Anonymität die eigene Macht oder Freiheit zum eigenen Vorteil und auf Kosten der anderen zu mißbrauchen.

Geistige Bescheidenheit, sachliche Klarheit und Vertrauen sind die Voraussetzungen eines jeden fortschrittlichen Bemühens auch auf institutionellem Gebiet, so wichtig ein solches Bemühen selbst ist und immer bleiben wird. Der Satz von Karl Marx, daß, wenn der Mensch von den Umständen gebildet wird, man die Umstände menschlich bilden muß, hat für uns alle auch heute noch seine volle Gültigkeit. Wir dürfen bei seiner Interpretation nur nicht vergessen, daß der Mensch mehr ist als ein bloßes Produkt seiner sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse und daß er zu wenig ist, um immer zu wissen, was es heißt, diese Verhältnisse menschlich zu bilden. Der Mensch, das heißt: jeder von uns.

Summary: Preconditions for a Better Social Order. Although it appears that in post-war years new ways have been looked for energetically to further develop our social order, although plans and projects have come forth from almost all quarters of public life, aiming at the improvement of our economic and social conditions, it has been alleged repeatedly that we are living in a

Résumé: Conditions préalables pour un meilleur ordre social. Malgré tous les efforts sérieux faits dans les années dernières pour assurer par de nouvelles méthodes l'évolution de notre ordre social, et malgré tous les plans et projets présentés par presque tous les milieux de la vie publique pour améliorer nos conditions sociales et économiques, bien souvent on entend dire que nous

Resumen: Condiciones para un mejor orden social. Aunque en la postguerra se vienen buscando evidentemente nuevos caminos para la evolución de nuestro orden social, y aunque casi todos los círculos de la vida pública presentan proyectos que pretenden que harían posible una mejora de nuestra vida económica y social, se pretende frecuentemente que nos hallamos en un período de la restaura-

period of restoration. The reason is that not all the advocates of these plans for a new order have in fact given up the antiquated conceptions of class struggle and combating groups of interest, and that the new ideas are used by many as a pretext to regain their former position of power or to weaken the position of their opponents. Hence, the ideas conceived in recent years regarding a new economic and social order cannot be simply classified as being either restorative or progressive, but what matters in each case is who transforms them into reality and with what intentions. The danger that one contributes to the process of restoration arises firstly from the propagation of monistic systems of order, and secondly from the fact that the actual reforms are not taking due account of the behaviour of the people whose life they are to reform. Under these aspects, the author deals with the role and functions of a democratic opposition whose task it is to point out the oneness in the prevailing trends; with the problems of erecting a progressive order, above all an economic constitution, and of pursuing a sound economic policy; and finally with profit-sharing and property in general. To prepare a solution of the social question, his prime recommendation is that it should be tried to achieve a certain transparency of economic and social conditions and happenings.

nous trouvons dans une époque restaurative. Cela résulte du fait que certains partisans des plans nouveaux n'ont pas réussi à se débarrasser des préjugés et conceptions démodées de la lutte des classes et des groupes d'intérêts. D'autres essaient même de se servir d'idées nouvelles comme prétexte pour retrouver leur pouvoir d'hier ou d'affaiblir leur adversaire. Il est donc impossible de regrouper selon les catégories restauratives et progressives les idées formulées depuis 1946 sur la réorganisation de l'ordre social et économique. Avant tout il faut donc examiner de près l'initiateur d'un projet présenté et ses intentions. Ce soupçon d'une tendance restaurative naît de la propagande pour des systèmes d'ordre monistes, et du fait que les réformes déjà réalisées n'ont pas suffisamment eu égard à l'ensemble des réactions typiques des individus dans leur existence réelle. C'est sous ce point de vue que l'auteur parle des tâches et de l'importance d'une opposition démocratique qui aurait la fonction de rendre conscients et de dénoncer la partialité et l'étroitesse d'esprit des courants contemporains. Cette opposition devrait préciser les problèmes d'une politique progressive — avant tout ceux d'une constitution économique ainsi que les buts et les moyens de la politique économique. Elle devrait se prononcer sur la participation aux bénéfices et sur le régime de propriété. L'auteur recommande de rendre possible une certaine transparence des rapports et faits sociaux et économiques, car c'est d'elle surtout que dépend toute future compensation sociale.

ción. La causa de esa opinión es el hecho de que no todos los partidarios de esos nuevos planes de orden se han liberados verdaderamente de las pasadas ideas de la lucha de clase e intereses, sino que muchos de ellos utilizan esas ideas para recuperar la antigua situación de poder o para debilitar al adversario. Las ideas evolucionadas en los últimos años referentes a la reorganización económica y social no pueden ser clasificadas simplemente en ideas restaurativas y progresistas, en todo caso importa establecer qué son los hombres que las ponen en la práctica y qué son sus objetivos. El peligro de parecer restaurativo se origina por un lado de la propagación de sistemas de orden de monismo y por otro que las reformas reales no tomen en cuenta suficientemente el comportamiento de los hombres que atañan. De este punto de vista el autor estudia la importancia y las tareas de una oposición democrática, cuya función es el señalar los existentes parcialidades, a diferencia de la evolución espiritual de los tiempos que corremos; los problemas de una política de orden progresista y principalmente de la política de la constitución económica, así como los objetivos y medios de la política económica; y por último la participación en la ganancia y problemas del régimen de propiedad en general. Como condición más importante para una compensación social, el autor recomienda que se cuide de cierta transparencia de las circunstancias y acontecimientos sociales y económicos.